

„Wir akzeptieren keine Diskriminierungen“

Falls die EU befundet, Kontingentierung und Bilaterale seien nicht kompatibel, brauche es eine zweite Abstimmung, sagt Unia-Chefin Vania Alleva.

Work: Frau Alleva, was sagen Sie zum Ja vom 9. Februar?

Vania Alleva: Es ist eine Ohrfeige für viele unserer Mitglieder: Menschen ohne Schweizer Pass, die seit Jahren oder Jahrzehnten hier leben und arbeiten. Die Unia wird nicht zulassen, dass die Schweiz jetzt das Recht auf Stellenwechsel und Familiennachzug für Migranten beschneidet. Denn die Folgen kennen wir von früher, vom Saisonierstatut und den Ausländerkontingenten. Das sorgt für ein Heer von rechtlosen, billigen Arbeitskräften. Das damalige diskriminierende System schadete allen Arbeitnehmenden, unabhängig vom Pass. Wir lassen nicht zu, dass jetzt das Rad der Geschichte zurückgedreht wird.

Was tun die Gewerkschaften dagegen?

Die Gewerkschaften möchten ein geregeltes Verhältnis zur Europäischen Union. Grundlage dafür sind die bilateralen Verträge, inklusive der flankierenden Massnahmen zum Schutz der Arbeitsbedingungen und Löhne. Falls in den Verhandlungen mit der EU klar wird, dass Kontingente und Bilaterale nicht kompatibel sind, müssten wir in dieser Ausgangslage nochmals abstimmen: Wollen wir die bilateralen Verträge beibehalten?

Auch die flankierenden Massnahmen gegen Lohndumping könnten jetzt gefährdet sein.

Wir wissen derzeit nicht, wie es mit den flankierenden Massnahmen weitergeht. Dumping und Tieflöhne wird es aber so oder so geben. Deshalb ist die Mindestlohninitiative der Gewerkschaften jetzt umso wichtiger. Wir brauchen in der Schweiz einen Mindestlohn von 4000 Franken für alle! Einerseits als politische Antwort auf die Abschottungsinitiative: als Zeichen für eine sozialere, gerechtere Schweiz. Andererseits zum Schutz gegen Lohndruck.

Bundesrat Johann Schneider-Ammann und Arbeitgeberpräsident Valentin Vogt stellen die Flankierenden bereits in Frage.

Ausgerechnet! Vor der Abstimmung zur SVP-Initiative haben sie keinen Finger gerührt für eine Verbesserung des Lohnschutzes. Sie haben die Sorgen der Arbeitnehmenden nicht ernst genommen und tragen grosse Verantwortung für den jetzigen Schlamassel. Wenn sie so weitermachen, schadet das dem sozialen Zusammenhalt in der Schweiz massiv. Wir brauchen heute mehr, nicht weniger Schutz der Löhne und der Arbeitsbedingungen!

Marco Geissbühler, Interview.

Work online, 20.2.2014.

Personen > Geissbühler Marco. Vania Alleva. Einwanderung. Work. 2014-02-20